

Fachtag Wohnen+ in Niederbayern

Raum und Impulse für das Thema Wohnungslosenhilfe und Wohnungsnotfallhilfe

Von Veronika Bayer

Landshut. Vergangenen Donnerstag hat an der Hochschule Landshut der Fachtag „Wohnen+ in Niederbayern“ stattgefunden. Vertreter aus Theorie und Praxis, aus Politik, Wohnungslosenhilfe und Hochschule stellten dabei das Thema Brennpunkt Wohnen in den Mittelpunkt ihres Austausches. Zudem wurde mit der Studie „bewoHLa“ der Hochschule Landshut eine Bedarfsanalyse zur Wohnungsnotfallhilfe in der Region Landshut vorgestellt.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Wohnungsnotfallhilfe München und Oberbayern und dem Katholischen Männerfürsorgeverein (KMFV) organisierte die Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Landshut den Fachtag. Zahlreiche Menschen hatten sich im Audimax der Hochschule eingefunden, darunter auch Bürgermeister hiesiger Kommunen.

„Wohnen beschreibt ein Grundbedürfnis“

Während des Fachtags wurde die Studie „bewoHLa“ der Hochschule Landshut vorgestellt. Hochschulpräsident Prof. Dr. Fritz Pörnbacher sprach seine Dankbarkeit für deren Umsetzung aus. „Die Ergebnisse liefern wertvolle Impulse für einen sehr wichtigen Diskurs“, so der Hochschulpräsident, „nämlich zur Frage: Wie wollen wir wohnen? Diese Frage wurde vom Institut für Deutsche Wirtschaft als die soziale Frage unserer Zeit bezeichnet.“ Auch in Landshut sei Wohnraum knapp. „Deshalb muss unbedingt Präventionsarbeit geleistet werden.“

Susanna Schüssler, Ministerialrätin des Bayerischen Ministeriums für Familie, Arbeit und Soziales, führte aus: „Wohnen



Viele Perspektiven, ein Thema: Referent Jörn Scheuermann von der Koordination Wohnungslosenhilfe Südbayern zeigt unter anderem auf, dass der soziale Wohnraum in den vergangenen Jahren abgenommen hat. Fotos: Bayer



Prof. Dr. Fritz Pörnbacher

bedeutet Sicherheit, ein Gefühl des Heimisch-seins, des Ankommens, des Angekommen-seins. Wohnen beschreibt ein Grundbedürfnis des Menschen. Leider müssen wir uns eingestehen: Auch in Bayern gibt es Menschen ohne Obdach. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung.“

Diese Aufgabe könne man nur gesamtgesellschaftlich lösen. Auch die Bayerische Staatsre-

gierung beteilige sich. So sei neben anderen Maßnahmen der Aktionsplan „Hilfe bei Obdachlosigkeit“ beschlossen worden.

Martina Hammerl, Bezirksrätin und Kreisrätin im Landkreis Landshut: „Es ist sehr erfreulich, dass die Bayerische Staatsregierung mit der Erhöhung der Mittel auf die dramatisch steigende Zahl wohnungsloser Menschen auch in Niederbayern reagiert.“ Es müsse der Anspruch sein, dass man dem Ziel, obdachlosen Menschen zu helfen, ein Stück näherkomme und daran müsse man sich auch messen lassen: „Deadline in einem Jahr: Was hat sich verändert?“

Gesetze vorhanden – Anträge fehlen

In ihrer Einladung zum Fachtag hatte die Hochschule Landshut folgende Situation beschrieben: Von Wohnungslosigkeit bedrohte und betroffene Menschen ha-

ben nach dem zwölften Sozialgesetzbuch einen Anspruch auf persönliche Beratung und Unterstützung, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind.

Viele wüssten jedoch nicht, dass sie diesen Anspruch haben, oder seien nicht in der Lage, ihn zu verfolgen. So stellten Menschen in einem Wohnungsnotfall oft keine entsprechenden Anträge bei den zuständigen örtlichen Sozialhilfeträgern, folglich werden keine Leistungen erbracht. Dringend auf Unterstützung Angewiesene blieben sich selbst überlassen. Viel Not könnte gelindert werden, wenn die Kooperation zwischen ordnungsrechtlich unterbringender Gemeinde, örtlichem Sozialhilfeträger und freier Wohlfahrtspflege gelänge.

Anlaufstelle bei Wohnungsnot sind zum Beispiel der Katholische Männerfürsorgeverein (www.kmfv.de) oder BAG Wohnungslosenhilfe (www.woundwie.de).